Atommüll in Deutschland

Viel Grund zur Sorge

Aufgestapelte Sorgen vor Schacht KONRAD – doch diese Fässer sind leer ...
Foto: Stefan Vockrodt

1983 veröffentlichten die Bürgerinitiativen gegen Atomenergie erstmals einen „Sorgenbericht", in dem sie die verschiedenen Atommülllagerstandorte und ihr Inventar zusammenstellten. Der nun brandaktuell erschienene Sorgenbericht für 2013 zeigt, dass es nicht ein Problem gibt, sondern flächendeckend viele akute Einzelprobleme, die sich mit einer Standortsuche nicht lösen lassen.

Als eine seiner letzten Amtshandlungen in der 17. Wahlperiode verabschiedete der Deutsche Bundestag das Standortauswahlgesetz, das am 27. Juli 2013 in Kraft trat. In der Debatte zu diesem Gesetz verkündeten fast alle Fraktionen im Deutschen Bundestag, dass damit das letzte große Problem der Atomenergienutzung in Deutschland gelöst werde. Mit solchen Aussagen wird jedoch nur eines klar: Trotz Abschaltung von acht Atomkraftwerken nach Fukushima hat sich nichts Wesentliches im Umgang mit den Gefahren der Atomenergie geändert. Denn es gibt nicht ein Atommüll-Problem, das man in ferner Zukunft an einen einzelnen Standort delegieren kann, sondern es gibt tausende Atommüllprobleme im ganzen Land und somit unmittelbaren Handlungsbedarf.

Bürgerinitiativen und Verbände wollen die Diskussion über den langfristigen Umgang mit Atommüll vom Kopf auf die Füße stellen. Deshalb haben sie eine vollständige, nach Bundesländern gegliederte Bestandsaufnahme des Atommülls in der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt. Der Bericht gibt einen Überblick über die einzelnen Lagerstandorte, das eingelagerte radioaktive Inventar und den „Atommülltourismus". Und er weist auf die konkreten Probleme an den einzelnen Standorten hin.

Denn davon gibt es nicht zu knapp: rostende Fässer im Fasslager Brunsbüttel, ein Reaktordruckbehälter in Jülich, der so stark strahlt, dass ein eigenes Zwischenlager für ihn gebaut werden muss, Atomfabriken und Zwischenlagerung in Wohngebieten wie in Braunschweig, Duisburg und Krefeld, zahlreiche neue Zwischenlager an Standorten mit ungewisser Betriebszeit, 1.900 Altstandorte der Wismut in Thüringen und Sachsen, von denen nur ein Bruchteil saniert wird, Hausmülldeponien auf denen „freigemessener" Atommüll lagert und so weiter.

Flächendeckendes, akutes Problem

Die Bestandsaufnahme Atommüll knüpft an die Tradition der Sorgenberichte an, die Atommüllkonferenzen der 1980er-Jahre den „Entsorgungsberichten" der Bundesregierung entgegensetzten, erstmals im Dezember 1983, also vor 30 Jahren. Wie schon 1983 wurden die zu den einzelnen Anlagen erhobenen Daten auch 2013 mit örtlichen Akteuren und unabhängigen

Experten besprochen und entsprechend abgeglichen oder ergänzt.

Der Sorgenbericht macht deutlich, dass das Problem Atommüll nicht an irgendeinen Ort in irgendeiner Zukunft delegiert werden kann, sondern längst flächendeckend akut ist. Damit unterscheidet sich der Bericht wesentlich von den jährlichen „Abfallmengenprognosen“ des Bundes, in denen der Atommüll nur als Gesamtmenge, unterschieden in „wärmeentwickelnd“ und „vernachlässigbar wärmeentwickelnd“ sowie „konditioniert“ und „nicht konditioniert“ erfasst wird. Erst bei der Einzelbetrachtung werden die konkreten Probleme sichtbar. Der Bericht macht deutlich, dass jeder und jede schon jetzt und unmittelbar betroffen ist. Er soll ein Anlass sein, sich über die im Wortsinne nahe liegenden Gefahren des Atommülls auseinanderzusetzen und eigene Anforderungen an den Umgang damit zu entwickeln. Und er macht deutlich, dass der Umgang mit Atommüll in Deutschland von Anfang an konzeptionslos war und geblieben ist.

Die offizielle Doktrin für die dauerhafte Lagerung radioaktiver Abfälle in Deutschland findet man zum Beispiel in der Broschüre „Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in Deutschland – Das Endlagerprojekt Gorleben“ des Bundeswirtschaftsministeriums von 2008: „Die verschiedenen physikalisch-chemischen Eigenschaften dieser zwei unterschiedlichen Abfallkategorien (schwach- und mittelradioaktive Abfälle vs. hochradioaktive Abfälle, Anmerkung der Verfasserin) stellen unterschiedliche Anforderungen an ihre Endlagerung in tiefen geologischen Formationen. In Deutschland wird daher das so genannte Zwei-Endlager-Konzept verfolgt, das heißt die Endlagerung der zwei Abfallkategorien in getrennten Endlagern in verschiedenen Endlagerformationen.“

Betrachtet man die vorhandenen Abfälle konkret, wird schnell klar, dass dieses Konzept in der Realität keinen Bestand hat. Für die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle mit „vernachlässigbarer Wärmeentwicklung“ ist Schacht KONRAD vorgesehen. Doch könnten längst nicht alle diese Abfälle dort eingelagert werden, sollte er tatsächlich in Betrieb gehen. Was aber dann? Doch ein Endlager für alle Abfälle? Oder drei, oder vier?

Was nicht nach Schacht KONRAD kann

In Jülich lagern 1.000 Tonnen graphithaltige Abfälle, in Gronau fallen 100.000 m³ uranhaltige Abfälle an, Kernbauteile sind hohem Neutronenfluss ausgesetzt – alles Abfälle mit „vernachlässigbarer Wärmeentwicklung“, für die Schacht KONRAD gar nicht oder nur in geringen Mengen genehmigt ist. Ganz zu schweigen von den mindestens 150.000 m³, die nach bisherigen Schätzungen bei der Rückholung des Mülls aus ASSE II an kontaminierten Abfällen anfallen würden. Diese Abfälle sind derzeit keinem vorhandenen „Entsorgungsweg“ zugeordnet und führen zu einer immer größeren Zahl von dezentralen Zwischenlagern, etwa beim Abriss von Atomkraftwerken, für den Reaktor in Jülich, bei ASSE II oder bei der Urananreicherungsanlage in Gronau.

Ein blinder Fleck in der Betrachtung radioaktiver Abfälle ist die mit Abstand größte Menge Atommülls, die in Verbindung mit der Nutzung der Atomenergie entsteht. Sie verbleibt in den Ländern, in denen Uran abgebaut wird. Für 33 t Brennelemente bedarf es einer Menge von 440.000 t Uranerz, von denen 400.000 t in den Abraumhalden und Aufbereitungsschlämmen („Tailings“) der Abbaugebiete verbleiben, weitere

Hier lagert überall Atommüll.
Karte: AG Schacht KONRAD

39.967 t fallen bei Aufbereitung, Konversion und Anreicherung an. Die Förderung von Uranerz, seine Aufarbeitung und Abfallstoffe sind mit dauerhaften Strahlenfolgen, vor allem durch den kontaminierten Staub, die Verseuchung des Grund- und Oberflächenwassers sowie die Direktstrahlung des radioaktiven Edelgases Radon 222 verbunden. Davon betroffen sind nicht nur Bergarbeiter, sondern alle Menschen, die in den Abbaugebieten leben. Dazu kommt die toxische Wirkung der für die Gewinnung, Laugung und Aufbereitung verwendeten Chemikalien.

Wo immer noch DDR-Recht gilt

Man braucht jedoch gar nicht so weit in das Ausland zu schauen. Auch auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland befinden sich die strahlenden Hinterlassenschaften des Uranabbaus

Ursula Schönberger (Hrsg.):
Atommüll – Eine Bestandsaufnahme für die Bundesrepublik Deutschland, Sorgenbericht der Atommüllkonferenz 2013, 272 Seiten, ***15 €,***
ISBN 978-3-00-043228-6

in Thüringen und Sachsen. Die Vorgänge um die Sanierung der Wismut-Standorte zeigen exemplarisch, wie mit Atommüll umgegangen wird, sobald er zur historischen Altlast erklärt werden kann. So gilt das Strahlenschutzreglement der DDR fort, obwohl die DDR seit 23 Jahren nicht mehr existiert. Abgesegnet ist dieses Vorgehen vom Bundesverfassungsgericht. Die Folge: Geringerer Strahlenschutz und fehlende Öffentlichkeitsbeteiligung. Doch damit nicht genug: Die strahlenden Halden und Absetzbecken bleiben nicht nur bestehen, sie werden als oberflächennahe, dauerhafte Abfalllager für radioaktiven Schrott und Bauschutt aus den abgerissenen Anlagen genutzt, ohne Planfeststellungsverfahren, ohne Öffentlichkeitsbeteiligung, ohne Langzeitsicherheitsnachweis.

Über die sieben Sanierungsstandorte der Wismut GmbH hinaus, die in dem Bericht näher untersucht sind, gibt es 1.900 Altstandorte, die vom Bundesamt für Strahlenschutz erfasst worden sind. Diese werden nicht von der Wismut GmbH saniert, da sie am 30. Juni 1990 nicht im Besitz der SDAG Wismut, sondern vorher den Kommunen zurückgegeben worden waren. In Sachsen wird ein Teil der Standorte vom Land saniert, in Thüringen bisher kein einziger. Der heutige Umgang mit den Altlasten der Wismut ist ein Lehrbeispiel, das man sich an allen Orten, an denen Atommüll lagert und bei der Diskussion um einen „Entsorgungskonsens“ sehr genau ansehen sollte.

Für Politik und Atomverwaltung ist die aktuelle Debatte mit der Herausforderung verbunden, im Hier und Heute glaubwürdig beweisen zu müssen, dass das Ausmaß der Probleme und die eigene Verantwortung tatsächlich erkannt worden sind. Umgekehrt: Vertrauen entsteht nicht durch Versprechen, sondern nur durch überprüfbares Handeln und wenn es heute ein weit verbreitetes Misstrauen bezüglich des Umgangs mit Atommüll gibt, dann ist das aus dem politischen und Verwaltungshandeln der letzten 40 Jahre sehr wohl begründet.

Gefahren anerkennen, nicht leugnen

Ein echter Neuanfang in der Diskussion muss die Erfahrungen mit den gescheiterten Projekten und Altlasten zu einem wesentlichen Bezugspunkt der Diskussion um den zukünftigen Umgang mit Atommüll machen. Dazu gehören methodische, fachliche, aber auch gesellschaftliche Fragen. Wie kann es sein, dass Atommüll in ASSE II eingelagert wurde, obwohl Bergleute, die den Salzstock kannten, bereits in den 1960ern vor Wassereinbrüchen gewarnt hatten? Wie kann es sein, dass die Verantwortlichen für das ASSE-II-Desaster noch Jahrzehnte später einen guten Namen in der Wissenschaftsgemeinde haben und ihre damaligen Eignungsaussagen für Gorleben und Schacht KONRAD nicht angezweifelt werden? Wie kann es sein, dass gerade die großen staatlichen Forschungszentren in Jülich, Geesthacht und Karlsruhe völlig sorglos mit den Gefahren der radioaktiven Stoffe umgegangen sind, dass sie zu den größten Problemverursachern gehören und die Probleme in ihren Anlagen heute immer noch herunterspielen?

Wir brauchen einen Prozess, der von den realen und akuten Gefahren des Atommülls ausgeht, statt sie zu leugnen, dem das Eingeständnis von Politik und Wirtschaft vorausgeht, dass es keine Lösung für die sichere Lagerung von Atommüll über eine Million Jahre geben kann, der den Betroffenen entscheidungsrelevante Rechte einräumt und der in seinem Ausgang offen ist.

Ursula Schönberger
Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.

Webtipp

Weitere Informationen gibt es hier: www.ag-schacht-konrad.de/images/stories/AMK2013/Dokumente/PK-PI-201309100.pdf